

P r o t o k o l l

der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften am 01. September 2008 im Senatssaal

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:35 Uhr

Anwesend

Frau Socher	i.V. für Herrn Dr. Bartels
Herr Dr. Döring	
Frau Heinrich	
Herr Dr. Kerath	
Herr Bauer	i.V. für Herrn Dr. Kühne
Herr Dr. Meyer	
Herr Mundt	
Herr Kruse	i.V. für Herrn Noack
Herr Liskow	
Herr Matuszewski	

Entschuldigt

Herr Dr. Bartels
Herr Prof. Dr. Hardtke
Herr Dr. Kühne
Herr Noack

Verwaltung

Herr Hochheim
Herr Kremer
Frau Resch
Frau Meyer
Herr Wixforth
Frau Teetz
Herr Kaiser
Herr Scheer
Herr Wille

Gäste

Herr Lorke	Abwasserwerk Greifswald
Herr Winkler	BauBeCon
OZ	

Tagesordnung:

1. Sitzungseröffnung
2. Abstimmung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Diskussion von Beschlussvorlagen
 - 4.1. Jahresabschluss 2007 des Abwasserwerkes Greifswald -
Eigenbetrieb der Universitäts- und
Hansestadt Greifswald
Abwasserwerk Greifswald 04/943
 - 4.2. 6. Änderungssatzung zur Satzung über die
Erhebung von Gebühren sowie
Verwaltungsgebühren für die öffentliche
Abwasserentsorgung in der Universitäts- und
Hansestadt Greifswald
(Abwassergebührensatzung)
Abwasserwerk Greifswald 04/944
 - 4.3. Straßenbenennung nach der Partnerstadt
Osnabrück und nach der Stadt Pomerode in
Brasilien
Dez. III, Amt 41 04/926
 - 4.4. Straßenbenennung Bebauungsplan Nr. 62 -
An den Wurthen
Dez. III, Amt 41 04/927
 - 4.5. Abschluss von Leistungsvereinbarungen für
freiwillige Aufgaben im sozialen Bereich
Dez. III, Amt 50 04/928
 - 4.6. Überplanmäßige Ausgabe für die
Suchtberatungsstellen in Höhe von 97481 €
Dez. III, Amt 50 04/915
 - 4.7. Überplanmäßige Ausgaben für Kosten der
Unterkunft (KdU) in der Grundsicherung nach
dem SGB II
Dez. III, Amt 50 04/948
 - 4.8. Überplanmäßige Ausgabe im Bereich Hilfen
zur Erziehung nach dem SGB VIII
Dez. III, Amt 51 04/929
 - 4.9. Energieeffizienz in neuen Baugebieten und
bei städtischen Bauvorhaben
Dez. II, Amt 23 04/934
 - 4.10 Grundsatzentscheidung zur Verfahrensweise
bei Neuabschluss und Verlängerung von 04/951

Landpachtverträgen
Dez. II, Amt 23

- | | | |
|------|---|--------|
| 4.11 | Abschluss eines Erschließungsvertrages für das B -Plangebiet Nr. 92
- Am Grünland
<i>Dez. II, Amt 60</i> | 04/946 |
| 4.12 | Abschluss eines Erschließungs-
/Vorfinanzierungsvertrages zwischen der
Universitäts- und Hansestadt Greifswald und
der Lidl Vertriebs- GmbH Co. KG, für einen
Teilabschnitt im B-Plan Nr. 58 - Gut
Koitenhagen
<i>Dez. II, Amt 60</i> | 04/947 |
| 4.13 | Kreditaufnahme für die Baumaßnahme
Umbau und Sanierung des Hauses II des
Friedrich-Ludwig-Jahn-Gymnasiums in Höhe
von 2.928.000 EUR für die Haushaltsjahre
2008 - 2010
<i>Dez. I , Amt 20</i> | 04/952 |
| 5. | Informationen der Verwaltung | |
| 5.1. | Informationen zur Auflösung Sanierungsstau
an Greifswalder Grundschulen und den
dazugehörigen Sporthallen und Horten | |
| 6. | Fragen, Vorschläge und Anregungen der
Ausschussmitglieder | |
| 7. | Informationen des Ausschussvorsitzenden | |
| 8. | Bestätigung des Protokolls vom 02.06.2008 | |
| 9. | Schluss der Sitzung | |

Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung

Nach der Begrüßung durch Herrn Mundt wird die Sitzung mit
10 stimmberechtigten Mitgliedern eröffnet.

Zu TOP: 2. Abstimmung der Tagesordnung

Die Tischvorlage – Überplanmäßige Ausgabe für das Förderprogramm
Stadtumbau Ost Programmteil Aufwertung Fördermaßnahme:
Altlastensanierung Teilbereich B-Plan Nr. 42 – Schönwalde I/West –
wird unter Punkt 4.4.1. auf die Tagesordnung gesetzt.

Herr Scheer hatte im Vorfeld gebeten, seine TOP 4.5., 4.6., 4.7., 4.8
zurückzustellen, da er wegen der Jugendhilfeausschusssitzung erst ab
18.45 Uhr am Finanzausschuss teilnehmen kann.

Herr Dr. Döring bittet, die Tischvorlage – Einstufung der städtischen
Reinigungskräfte in Entgeltgruppe 2 TVöD - auf die Tagesordnung zu
setzen.

Herr Mundt erklärt, dass laut vorliegender Begründung der Bürgerschaftskanzlei, diese Vorlage nicht auf die Tagesordnung des Finanzausschusses gehört, da sie in das Tarifrecht eingreift.

Nach Diskussion wird abgestimmt, ob die Vorlage in die Tagesordnung aufzunehmen ist.

Abstimmungsergebnis: **5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen**

Damit wird die Vorlage nicht auf die Tagesordnung gesetzt.

Herr Mundt lässt über die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **6 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 2 Enth.**

Zu TOP: 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Herr Degenhardt möchte als Interessent wissen, ob der Verkauf der Martin-Luther-Str. 10 auf der Tagesordnung steht.

Herr Mundt weist darauf hin, dass die Tagesordnung veröffentlicht ist und dieser Verkauf im nichtöffentlichen Teil behandelt wird. Daher können auch keine Fragen zur Sache beantwortet oder Vorschläge gehört werden.

Zu TOP: 4. Diskussion von Beschlussvorlagen

Zu TOP: 4.1. Jahresabschluss 2007 des Abwasserwerkes Greifswald - Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Die Vorlage wird durch Herrn Lorke eingebracht.

Im Jahresabschluss zum 31.12.2007 des Abwasserwerkes wird die Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung festgestellt. Dem Betriebsleiter soll Entlastung für das Geschäftsjahr 2007 erteilt und der Lagebericht 2007 genehmigt werden.

Herr Lorke erklärt, dass die Vorlage im Werksausschuss beraten und einstimmig als weitere Vorlage in den Gremien bestätigt wurde. Im vergangenen Jahr wurde ein Gewinn von 900.000 € erwirtschaftet. Dieser resultiert daraus, dass zum einen ca. 140.000 qm Abwasser mehr angefallen sind und zum anderen die im Haushaltsplan eingestellten Mittel einer strengen Kostenkontrolle unterworfen waren. Aus dem Gewinn wird ein Betrag von 665.000 € für zukünftige Investitionen in eine zweckgebundene Rücklage überführt. So z. B. werden Mittel für die Sanierung des Kanalnetzes benötigt. Es wurde ein

Programm erstellt, in dem in 5-Jahres-Schritten die Probleme abgearbeitet werden sollen.

Bei vorliegendem Interesse bietet Herr Lorke einen Vortrag zur Technik und wie an die Klassifizierung der Schäden herangegangen wird an.

Der Jahresabschluss ist von der PwC Aktiengesellschaft-Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, NL Schwerin sowie vom Landesrechnungshof bestätigt worden.

Nach Diskussion wird die Vorlage mit **10 Ja-Stimmen abgestimmt**

Zu TOP:
4.2. *6. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren sowie Verwaltungsgebühren für die öffentliche Abwasserentsorgung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Abwassergebührensatzung)*

Herr Lorke:

In der derzeit noch gültigen Gebührensatzung wurde eine Gebühr berechnet, die auch schon aufgelaufene Gewinne an die Gebührenzahler zurückzahlen sollte. Durch den Mehranfall von Abwasser ist es nicht zu den erwarteten Rückzahlungen gekommen. Die neue Gebühr für Schmutzwasser wurde anhand der vorliegenden Planungen für die Jahre 2009 bis 2011 berechnet. Die kostendeckende Gebühr beträgt 2,04 €. Um dem Gebührenzahler die Überdeckung zurückzahlen, wurde hier die Gebühr auf 2,01 € festgesetzt. Bei der Gebühr für Niederschlagswasser ist nur eine geringe Senkung möglich. Der Gebührensatz beträgt 0,39 Cent/qm.

Des Weiteren enthält der Text der Abwassergebührensatzung Änderungsvorschläge zu Formulierungen, die die Rechtssicherheit herstellen sollen.

Flächen, die durch das Niederschlagswassersystem mit indirekter Einleitung entwässert werden, sind kostenpflichtig. Nach der Rechtsprechung war das bisher nicht eindeutig formuliert.

Abstimmungsergebnis: **9 Ja-Stimmen, 1 Enth.**

Zu TOP:
4.3. *Straßenbenennung nach der Partnerstadt Osnabrück und nach der Stadt Pomerode in Brasilien*

Frau Resch bringt die Vorlage ein.

Da seit langem eine Namensgebung nach der Partnerstadt Osnabrück aussteht, wurde durch die Straßennamenkommission geprüft, welcher Bereich als „Osnabrücker Straße“ bezeichnet werden könnte.

Dafür wurde die neue Bahnparallele von der Einmündung in die Grimmer Str. bis zur Gützkower Landstraße vorgeschlagen.

Für die Namensgebung „Pomeroder Platz“ nach der Stadt Pomerode in Brasilien wurde die große Straßenkreuzung Anklamer Str./H.-Beimler-Str./Fr.-Mehring-Str. mit ihren Grünflächen vorgeschlagen.

Für die gesamte Maßnahme ist ein Bedarf von 120 € ermittelt worden.

Abstimmungsergebnis: **8 Ja-Stimmen, 2 Enth.**

Zu TOP: *Straßenbenennung Bebauungsplan Nr. 62 - An den Wurthen*
4.4.

Die Benennung der Planstraße im Bebauungsplan 62 soll nach einem Greifswalder Bürgermeister erfolgen und Carl-Päpke-Straße heißen. Die Finanzierung erfolgt im Rahmen der Gesamtmaßnahme.

Abstimmungsergebnis: **10 Ja-Stimmen**

Zu TOP: *Überplanmäßige Ausgabe für das Förderprogramm Stadtumbau Ost*
4.4.1. *Programmteil Aufwertung Fördermaßnahme: Altlastensanierung*
Teilbereich B-Plan Nr. 42 – Schönwalde I/West -

Herr Kaiser erläutert die Vorlage.

Im Rahmen der noch laufenden Teilmaßnahmen (Altlastensanierung) wurden nach Suchschachtungen im Bereich des B-Plans Nr. 42 Fundamente von Gebäudeteilen einer Kaserne freigelegt.

Um die vorgesehenen Erschließungsmaßnahmen im IV. Quartal nicht zu gefährden, ist eine zeitnahe Beseitigung der Fundamente erforderlich.

Für die Beräumung ergibt sich ein Gesamtbedarf von 104.250 €. Eine Abdeckung durch das Förderprogramm Ost ist in dieser Höhe nicht möglich.

Daher soll die Finanzierung für die Teilflächen 1 und 2 aus Treuhandvermögen der BauBeCon und im Rahmen einer überplanmäßigen Ausgabe der UHGW in Höhe von 83.000 € gesichert werden.

Die Eilentscheidung des Oberbürgermeisters wird mit **10 Ja-Stimmen** abgestimmt.

ZU TOP *Abschluss von Leistungsvereinbarungen für freiwillige Aufgaben im*
4.5. *sozialen Bereich*

Herr Scheer erscheint rechtzeitig zum Einbringen seiner Vorlage laut Tagesordnung.

Der Sozialausschuss hat aufgrund der Erfahrungen, die das Jugendamt im Bereich SGB XII mit den Leistungsvereinbarungen gemacht hat, darum gebeten, zukünftig auch Leistungsvereinbarungen mit den Empfängern von Zuwendungen der freien Wohlfahrtspflege abzuschließen.

Sollten Leistungsvereinbarungen analog zum Jugendhilfebereich geschlossen werden, wären bessere Steuerungsmöglichkeiten gegeben, eine bessere Qualität der Betreuung und eine größere Berücksichtigung der Bedarfe.

Hauptsächlich zu fördernde Bereiche wären die Behindertenarbeit, die Schuldnerberatung und die Selbsthilfegruppen.

Da auf die Gewährung von Zuwendungen kein Rechtsanspruch besteht, ist in die Leistungsvereinbarungen der Haushaltsvorbehalt mit aufzunehmen.

Herr Liskow regt an, diese Vorlage im Rahmen der Haushaltsplanung zu behandeln.

Auf Anfrage erklärt Herr Hochheim, dass im Oktober voraussichtlich die Rahmendaten für den Haushalt 2009 vorliegen. Es wird davon ausgegangen, dass wie üblich die Beschlussvorlage im Dezember eingebracht wird. Sollte sich anderes Datum ergeben, müsste über die Mittel kurzfristig entschieden werden.

Herr Mundt schlägt abschließend vor, dass über die Vorlage nicht abgestimmt wird und diese erneut in die Haushaltsdiskussion einzubringen ist.

Darüber wird mit **5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enth.** abgestimmt.

Die Vorlage wird vertagt.

Zu TOP: *Überplanmäßige Ausgabe für die Suchtberatungsstellen in Höhe von 4.6. 97481 €*

Herr Scheer:

Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat seine Finanzierung mit den Suchtberatungsstellen verändert. Die gesamte Fördermittelarbeit ist an die Kommune übergeben worden. Daher müssen die Landsmittel nachträglich in den Haushalt aufgenommen werden.

Von Seiten der Kommune sind in diesem Jahr 72.000 € geplant gewesen. Das Land hat mit 84.740 € weniger Mittel als in den vergangenen Jahren bereitgestellt. Daraus ergibt sich ein Differenzbetrag in Höhe von 12.741 €. Dieser Fehlbetrag kann durch das Sozialamt eigenständig durch Erstattungen gedeckt werden.

In Greifswald arbeiten zwei Suchtberatungsstellen, das Ev. Krankenhaus Bethanien und der Förderverein für Suchtkrankenhilfe. Trotz steigenden Bedarfs sind beide Einrichtungen bemüht, diese Differenz nicht ansteigen zu lassen, z. B. durch Einsparungen bei den Verwaltungskosten.

Abstimmungsergebnis: **10 Ja-Stimmen**

Zu TOP: *Überplanmäßige Ausgaben für Kosten der Unterkunft (KdU) in der*
4.7. *Grundsicherung nach dem SGB II*

Herr Scheer:

Im Bundestag und Bundesrat gab es intensive Diskussionen zur Einführung einer Wohngeldnovelle. Es war vorgesehen, dass diese zum 01.04.08 in Kraft tritt.

Der Haushaltsansatz für Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) 2008 erfolgte unter Berücksichtigung dieser Gesetzesnovelle und basiert auf vorhandenem Zahlen und Datenmaterial (Ausgaben Vorjahr, rückläufige Anzahl der Bedarfsgemeinschaften usw.)

Die angekündigte Wohngeldnovelle erfolgte nicht und tritt jetzt erst zum 01.01.2009 in Kraft.

Nach Hochrechnungen wird der Planansatz für die KdU nicht reichen, auch durch die zu erwartenden steigenden Preise bei Betriebs- und Heizkosten.

Abstimmungsergebnis: **9 Ja-Stimmen, 1 Enth.**

Zu TOP: *Überplanmäßige Ausgabe im Bereich Hilfen zur Erziehung nach dem*
4.8. *SGB VIII*

Herr Scheer:

Seit den Ereignissen in Bremen und in Schwerin sind im Jugendamt in Größenordnungen Meldungen eingegangen, was die Kindeswohlgefährdung betrifft.

Davon sind ca. 50 % tatsächlich für die Jugendhilfe relevante Fälle. Ein Mehrbedarf an Betreuung besteht im Bereich der minderjährigen Mütter, im Bereich der Heimunterbringung und in der Familienhilfe. Die Inanspruchnahme dieser Hilfeformen ist überdurchschnittlich

gestiegen mit einer weiter steigenden Tendenz.
Das hat auch erheblich finanzielle Auswirkungen auf die Kommune.

Abstimmungsergebnis: **10 Ja-Stimmen**

*Zu TOP: Energieeffizienz in neuen Baugebieten und bei städtischen
4.9. Bauvorhaben*

Herr Kremer bringt die Vorlage ein.

Um einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, will die Kommune auf energiesparende Maßnahmen bei Neubau-Vorhaben drängen.

In privatrechtlichen Kaufverträgen soll über städtische Wohnbauflächen ein erhöhter Gebäude-Dämmstandard vereinbart werden, wonach der Jahresenergiebedarf eines Neubaus 60 KWh/qm und Jahr, bezogen auf die Nutzfläche, nicht überschreiten soll.

Wird dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt, soll zukünftig den Bebauungsplänen ein Energiekonzept beigefügt werden.

Auch die Nutzung von Solarenergie und Möglichkeiten einer Wärmeversorgung mit niedrigen Kohlendioxid-Emissionen wären zu untersuchen. Bei dem Erstellen von Bauleitplänen ist darauf zu achten, dass Ausrichtung und Höhe von Neubauten solartauglich sind.

Bauherren, die ein KfW-Energiesparhaus 40 oder ein „Passivhaus“ errichten, erhalten eine Förderung von 1.500 € bzw. 3.000 €.

Die angemeldeten haushaltrechtlichen Auswirkungen für diese Förderung liegen bei 30.000 €.

Nach Diskussion wird die Vorlage abgestimmt mit
9 Ja-Stimmen, 1 Enth.

*Zu TOP: Grundsatzentscheidung zur Verfahrensweise bei Neuabschluss und
4.10. Verlängerung von Landpachtverträgen*

Herr Kremer:

Durch langfristige Verpachtung landwirtschaftlich genutzter Flächen will die Stadt zukünftig mehr Geld einnehmen.

Es ist jetzt angebracht, den Pachtzins neu zu regeln, da die Laufzeit der Pachtverträge, die vorwiegend mit Landwirten geschlossen wurden, endet. 9 Landpacht-Fälle stehen im Herbst zur Neuverhandlung an und in den kommenden Jahren weitere 19.

Die Stadt ist auch weiterhin daran interessiert, den landwirtschaftlichen Pächtern die Flächen zur Existenzsicherung zu überlassen.

Bei der Neuverpachtung von Land sollen keine überhöhten Preise gefordert werden. Durch gestiegene Erzeugerpreise ist aber eine Anhebung des Pachtzinses erforderlich. Ein großer Teil der Landwirte ist damit einverstanden.

Der Mindestpachtzins für Ackerland ist beabsichtigt je Bodenpunkt und Jahr auf 6,00 € zu erhöhen. Die Pachtzinsanpassung soll an den Weizenpreis gekoppelt werden. Steigt der Weizenpreis um mehr als 10 % über den dem Mindestpachtzins zugrunde liegenden Basispreis, wird

der Gesamtpachtzins entsprechend angehoben.

So soll von den Mehreinnahmen der Erzeuger profitiert werden. Allein der höhere Mindestpachtzins soll der Stadt jährlich ca. 40.000 bis 50.000 € mehr einbringen. Da auch in den folgenden Jahren die Pachtverträge den neuen Bedingungen angepasst werden, rechnet man mit bis zu 200.000 € Mehreinnahmen/Jahr.

Herr Dr. Kerath fragt, warum die Pachtzinsanpassung an den Weizenpreis gekoppelt ist und nicht z. B. an den Preis von Raps. Unter Punkt 1 steht, dass Pachtverträge ohne Ausschreibung weiterhin an die bisherigen Bewirtschafter verpachtet werden, wenn keine Gründe in der Person dagegen sprechen. Was sind das für Gründe?

Herr Kremer: Es ist vorgekommen, dass Pächter ihre Anteile veräußert und einen neuen Verwalter bestellt haben, mit dessen Bewirtschaftung man sehr unzufrieden ist.

Warum Weizenpreis, Weizen ist die gängigste Getreideart.

Abstimmungsergebnis: **8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enth.**

Zu TOP: *Abschluss eines Erschließungsvertrages für das B -Plangebiet Nr. 92*
4.11. *- Am Grünland*

Herr Kaiser erläutert die Vorlage. Es gibt kein Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: **10 Ja-Stimmen**

Zu TOP: *Abschluss eines Erschließungs-/Vorfinanzierungsvertrages zwischen*
4.12. *der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und der Lidl Vertriebs-*
GmbH Co. KG, für einen Teilabschnitt im B-Plan Nr. 58 - Gut
Koitenhagen

Herr Kaiser erläutert die Vorlage. Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: **10 Ja-Stimmen**

Zu TOP: *Kreditaufnahme für die Baumaßnahme Umbau und Sanierung des*
4.13. *Hauses II des Friedrich-Ludwig-Jahn-Gymnasiums in Höhe von*
2.928.000 EUR für die Haushaltsjahre 2008 - 2010

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: **10 Ja-Stimmen**

Zu TOP: 5. Informationen der Verwaltung

Herr Hochheim informiert darüber, dass die Stadt nicht nur Ausgabesteigerungen hat, sondern auch Einnahmeverbesserungen zu Planansätzen. Der Finanzausschuss ist auf dem richtigen Weg, die Einnahmen immer etwas vorsichtiger zu schätzen. Damit bestehen bei Mehrausgaben noch Möglichkeiten der Deckung. Bei der Gewerbesteuer werden anstelle der im Haushalt veranschlagten 11 Mio. € sicher 13,2 Mio. € zum Jahresende eingenommen. Bei der Einkommensteuer werden statt der 7,9 Mio. € wahrscheinlich 9,5 Mio. € zur Verfügung stehen. Die allgemeine Schlüsselzuweisung steigt ebenfalls von 22,2 Mio. € auf 22,8 Mio. €. Es ergeben sich Mehreinnahmen von etwa 4,3 Mio. €, von denen allerdings schon 1,3 Mio. € für überplanmäßige Ausgaben zur Verfügung gestellt werden mussten. So könnten zum Jahresende ca. 3 Mio. € an Mehreinnahmen vorhanden sein.

Des Weiteren wird am 04.09.08 eine Pressekonferenz in der Angelegenheit WVG-Anteilsveräußerung stattfinden. Es gibt noch immer unterschiedliche Auffassungen zur Kaufpreisfälligkeit hinsichtlich Stadt und KWG. Hintergrund ist in erster Linie die Unsicherheit an der Wirksamkeit des Bürgerschaftsbeschlusses, welche bei der KWG durch die Anträge einiger Bürgerschaftsmitglieder und durch das Schreiben eines Greifswalder Bürgers erzeugt worden ist. Weiter sind noch Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht von Herrn Steiger und Herrn Dr. Bartels anhängig, die Beschwerde gegen den Beschluss des VG vom 22.08.08 eingelegt haben. Momentan ergeben sich hieraus Schwierigkeiten bei der Erstellung des bevorstehenden Haushaltsplanes, da zumindest der Zeitpunkt der Einnahme noch unklar ist.

Zu TOP: 5.1. Informationen zur Auflösung Sanierungsstau an Greifswalder Grundschulen und den dazugehörigen Sporthallen und Horten

Herr Kremer informiert über den Vorschlag, wie in den Jahren 2009 bis 2013 rd. 13 Mio. € in Greifswalder Schulen, Sporthallen und Hort investiert werden sollen. Der überwiegende Anteil soll über den Vermögenshaushalt bewältigt werden. Aber auch Ausgaben aus dem Verwaltungshaushalt sind eingeplant.

Herr Mundt schlägt vor, die Vorlage mit in die Haushaltsdiskussion aufzunehmen.

Zu TOP: 6. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

keine

Zu TOP: 7. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

Zu TOP: 8. Bestätigung des Protokolls vom 02.06.2008

Abstimmungsergebnis: **5 Ja-Stimmen, 5 Enth.**

Zu TOP: 9. Schluss der Sitzung

Herr Mundt beendet die Sitzung um 19.35 Uhr.

gez. Thomas Mundt
Ausschussvorsitzender

gez. Martina Meyer
für das Protokoll